



Presseschau vom 14.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Westukrainischer Stadtrat benennt Stadion nach SS-Kollaborateur – Israel und Polen protestieren**

Die Einheiten des ukrainischen Nationalisten und Nazi-Kollaborateuren Roman Schuchewitsch machten sich im Krieg zahlreicher Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung schuldig. Nun will ein Stadtrat ein Stadion nach Schuchewitsch benennen, weil der "Freund des Sports" gewesen sei. ...

<https://kurz.rt.com/2g5j>

Pierre Lévy: **Wahrhaftige Herkules-Aufgabe für die EU: Energieversorgung im "freien Wettbewerb"?**

Die Beschäftigten von Électricité de France sind wie elektrisiert. Die Mobilisierung der EDF-Mitarbeiter hat seit Monaten keineswegs nachgelassen und zeigt sich in hoher Bereitschaft zu Streiks und auch Streikbeteiligung. Ihr Ziel ist es, das Projekt "Herkules" zu stoppen. ...

<https://kurz.rt.com/2g6p>

Rainer Rupp: **Atlantic Council – Vom Thinktank zur Fabrik für Hetzschriften (Teil 2)**

Im zweiten Teil der Analyse der angeblich "in die Tiefe gehenden Recherche" des Atlantic Council widerlegt Rainer Rupp die darin enthaltenen, nicht selten haarsträubenden Behauptungen und zeigt, worum es in dem und mit dem Bericht wirklich geht.

<https://kurz.rt.com/2g55>

snews.de: **„Müssen die Flucht aus dem Pflegeberuf unbedingt stoppen“ – Deutsche Experten**

Deutsche Intensivmediziner und Pflegeexperten befürchten, dass sich der Personalmangel auf Intensivstationen massiv zuspitzt: Viele Pflegende seien vollkommen überlastet - etwa ein Drittel denke daran, den Beruf zu wechseln. Das teilte die Deutsche Presse-Agentur am Sonntag mit. ...

<https://snews.de/20210314/flucht-pflegeberuf-stoppen-deutsche-experten-1276235.html>

de.rt.com: **Vitali Klitschko absolviert Militärtraining – DPA schreibt von Übung "für Abwehr russischer Panzer"**

Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko hat am Samstag an einer Militärübung auf einem Schießplatz teilgenommen. Der amtierende Bürgermeister von Kiew erklärte dies damit, dass die Verwaltung der ukrainischen Hauptstadt für die Sicherheit der Einwohner haften und auf alles gefasst sein müsse. ...

<https://kurz.rt.com/2g84>

de.rt.com: **Darf ein weißer männlicher Schriftsteller das Gedicht einer schwarzen Dichterin übersetzen?**

Weil er nicht schwarz und weiblich ist, wurde dem Katalanen Obiols der Übersetzungsauftrag für das Gedicht der Afroamerikanerin Gorman entzogen. Ebenso erging es der Niederländerin Rijnveld. Muss ein Übersetzer gleiche Hautfarbe und Geschlecht haben wie der Autor?

<https://kurz.rt.com/2g54>

abends/nachts:

snews.de: **Wegen Vorbereitung von Terrorakt: Zwei Jugendliche in Frankreich festgenommen – Medien**

Mitarbeiter der Generaldirektion für innere Sicherheit (DGSI) Frankreichs haben laut einem Medienbericht von Samstag zwei Jugendliche festgenommen, die Terroranschläge im Land geplant haben sollen.

Es handle sich um Jugendliche im Alter von 17 und 18 Jahren, berichtete die Zeitung „Le Parisien“ unter Berufung auf eine Quelle in der Strafverfolgung. Einer sei in der Gemeinde Mantes-la-Jolie (Département Yvelines), der andere in Marseille (Département Bouches-du-Rhône) festgenommen worden, hieß es.

Beide seien vor einen Richter gebracht worden. Sie würden beschuldigt, eine „kriminelle Gemeinschaft zum Zweck des Terrorismus organisiert zu haben“. Nach Angaben der Ermittler war einer der Jugendlichen in einem Telegramkanal aktiv, in dem radikale Ideen zum Ausdruck kamen. Ein anderer, so Strafverfolgungsbeamte, nutzte soziale Netzwerke, um den Kontakt zu Dschihadisten aufrechtzuerhalten.

Zuvor gab Laurent Nuñez, der nationale Koordinator der französischen Geheimdienste, bekannt, dass diese seit 2017 mehr als 30 Terroranschläge im Land verhindert hätten, zwei davon im vergangenen Jahr.

Im Oktober 2020, nach der Ermordung des 47-jährigen Lehrers Samuel Paty nahe Paris, hatte der französische Präsident Emmanuel Macron einen verstärkten Kampf gegen radikale Islamisten im Land angekündigt. Laut Macron sind konkrete Maßnahmen gegen Verbände ergriffen worden, die Ideen des radikalen Islamismus verbreiten und die Prinzipien des Landes zerstören.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/09/84953_0:312:3000:2000_1280x0_80_0_0_408d63e0394ed95416ec6ab7f78674ad.jpg

de.rt.com: **Organisatoren des Eurovision Song Contest fordern Ersetzung des weißrussischen Beitrags**

Veranstalter des internationalen Eurovision Song Contest haben Weißrussland aufgefordert, das Lied zu ersetzen, mit dem das Land 2021 antreten will. Dies begründeten die Organisatoren damit, dass das Lied angeblich politisch motiviert sei.

Die Europäische Rundfunkunion hat beschlossen, das Lied aus Weißrussland "Ja nautschu tebja" (deutsch "Ich bringe es dir bei") der Gruppe Galasy ZMesta in dessen jetzigen Form nicht zur Teilnahme am Eurovision Song Contest zuzulassen. Diese Entscheidung begründete die Organisation damit, dass das Lied die apolitische Natur des Wettbewerbs in Frage stelle. In der Erklärung heißt es, dass Minsk disqualifiziert wird, wenn es kein anderes Lied vorlegt, das den Regeln entspricht:

"Wir haben dem Fernsehsender BTRC, der für die Teilnahme von Weißrussland am Eurovision Song Contest verantwortlich ist, mitgeteilt, dass das Lied in dessen aktueller Form nicht zur Teilnahme am Wettbewerb berechtigt ist."

Mittlerweile gab der Bandleiter von Galasy ZMesta, Dmitri Butakow, bekannt, dass er selbst sich nach diesen Forderungen weigern könne, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die weißrussische Opposition versuchte, das Lied aus dem Wettbewerb auszuschließen.

Im Lied geht es um einen satirischen Aufruf zum "Löschen der Auswüchse der Geschichte". Es wird dabei behauptet, dass ohne "die Vergangenheit alles einfacher sein wird". Der Kehrreim des Liedes besteht aus Sätzen wie "Ich bringe dir bei, zum Taktstock zu tanzen" und "Ich bringe dir bei, mir alles abzukaufen". Dies sehen Veranstalter des Musikwettbewerbs als politisch motiviert.

Der Eurovision Song Contest ist ein Musikwettbewerb für Komponisten, Texter und Songwriter. Vorgetragen werden die Beiträge von Gesangsinterpreten und Tänzern. Seit 1956 wird dieser jährlich von der Europäischen Rundfunkunion (EBU) im Rahmen der Eurovision veranstaltet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604a5ef848fbef37a15c5c14.jpg>

vormittags:

snanews.de: **EU-Kommissionsvize räumt Fehler bei Impfstoff-Bestellungen ein**

EU-Kommissionsvize Frans Timmermans hat Versäumnisse in Sachen Impfstrategie bei der Europäischen Union eingeräumt.

„Es stimmt, dass bei der Bestellung der Impfstoffe sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedstaaten Fehler gemacht wurden“, sagte Timmermans dem „Tagesspiegel am Sonntag“. „Ich bin bereit, am Ende der Pandemie eine Bilanz zu ziehen. Dann können wir ja sehen, was wir falsch und was wir richtig gemacht haben.“

In der jetzigen Situation gehe es aber erst einmal darum, „dass ganz Europa Impfstoff bekommt“, sagte Timmermans weiter. Ein europäisches Vorgehen sei „auch im Interesse der reicheren Staaten“ wie Deutschland erfolgt, ergänzte der Stellvertreter von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Blick auf die gemeinschaftliche Impfstoff-Bestellung durch die EU.

Die EU-Kommission hat von den vier in der EU zugelassenen Corona-Impfstoffen insgesamt mindestens 1,4 Milliarden Dosen geordert - eigentlich mehr als genug für die rund 450 Millionen Europäer, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Allerdings steht die EU-Kommission seit längerem in der Kritik, unter anderem weil ihr zögerliches Handeln und strategische Fehler bei der Bestellung von Impfstoffen vorgeworfen werden. Auch die Verteilung der Impfstoffdosen auf die Mitgliedstaaten wird in manchen Hauptstädten der EU als ungerecht empfunden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1b/1074614_0:312:3087:2048_1280x0_80_0_0_ce7c130adcd3cea772d370b23a92e435.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. März 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Israel: Immer mehr Arbeitgeber drohen "impfunwilligen" Angestellten mit Entlassung**

Für mehrere EU-Länder soll der israelische Impfpass ein Vorbild sein, doch in Israel selbst kommt es nun zu einer Ausgrenzung von "Impfunwilligen". Mehrere Unternehmen planen Sanktionen gegen Mitarbeiter, die sich nicht impfen lassen wollen.

In der Berichterstattung der deutschen Mainstream-Medien wird immer wieder gerne darauf hingewiesen, dass in Israel, wo schon ein großer Teil der 9,3 Millionen Einwohner geimpft ist, allmählich wieder die Normalität zurückkehrt. In Israel dürfen zum Beispiel geimpfte Menschen wieder Konzerte besuchen – allerdings nur mit Maske. Der sogenannte "Grüne Pass" bietet geimpften Menschen in Israel mehr Freiheiten im durch die Corona-Maßnahmen eingeschränkten öffentlichen Leben. Auch innerhalb der EU wird dieses Modell diskutiert und wohl bald Schule machen.

Doch wie von einigen Kritikern der Corona-Maßnahmen in Israel bereits befürchtet wurde, scheint auf die "Impf-Euphorie" nun die Ausgrenzung der "Impfunwilligen" zu folgen: Mehrere Unternehmen und Einrichtungen des Landes planen einer Meldung der dpa zufolge Sanktionen gegen Mitarbeiter, die sich nicht impfen lassen wollen. Als Begründung wird meist angeführt, dass "niemand das Recht habe, andere zu gefährden". Die nationale Lotteriegesellschaft beispielsweise will Mitarbeiter feuern, die sich nicht impfen lassen wollen. Lotterie-Chef Avigdor Izchaki soll der israelischen Nachrichtenseite Ynet zufolge gesagt haben:

"Wer sich nicht impfen lässt, wird zunächst in den unbezahlten Urlaub geschickt und dann entlassen."

In der nationalen Lotterie Mifal Hapais arbeiten mehr als 3.000 Angestellte sowie mehrere Tausend freie Mitarbeiter. Schufersal, eine der größten Supermarktketten des Landes, hatte seine Angestellten vor die Wahl gestellt, sich entweder impfen oder sich mehrmals in der Woche auf SARS-CoV-2 testen zu lassen. Bei Kritikern der COVID-19-Massenimpfungen löste dies wütende Proteste aus, einige riefen zum Boykott der Supermarktkette auf und zerschnitten demonstrativ vor laufenden Kameras der lokalen TV-Sender ihre Kundenkarten. Auch das Hadassah-Krankenhaus in Jerusalem hatte in der vergangenen Woche mitgeteilt,

dass nicht geimpfte Mitarbeiter keinen direkten Kontakt zu Patienten mehr haben dürfen. Ungeimpfte Mitarbeiter sollen in Zukunft administrative oder andere Tätigkeiten ausführen, die das Krankenhaus als passend erachtet. Eine Sprecherin des Krankenhauses erklärte der Times of Israel:

"Wir können Krankenschwestern und Ärzte zu Verwaltungsangestellten machen oder sie in andere Jobs stecken, die wir im Krankenhaus finden."

Bisher sollen fünf Prozent beziehungsweise etwa 300 Krankenhausmitarbeiter noch keine Immunität durch Impfungen oder eine überstandene COVID-19-Infektion besitzen. Damit folgt das Krankenhaus einer Anweisung des israelischen Gesundheitsministeriums, die besagt, dass ungeimpfte Mitarbeiter von der Arbeit in bestimmten Abteilungen in israelischen Krankenhäusern und der kommunalen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen werden sollen. Dazu zählen beispielsweise Onkologiestationen sowie die Arbeit mit Frühgeborenen und Knochenmarktransplantationspatienten. Die Richtlinie des Gesundheitsministeriums besagt außerdem:

"Ein neuer Angestellter, der sich weigert, geimpft zu werden, sollte nicht in einer medizinischen Einrichtung eingestellt werden."

Weiter heißt es, dass ungeimpfte Mitarbeiter nur dann auf der Corona-Station arbeiten dürfen, wenn sie eine spezielle Verzichtserklärung unterschreiben. Dem Ministerium zufolge soll ungeimpftes Personal der staatlichen Krankenhäuser außerdem in eine Impfklinik vorgeladen werden und über "die möglichen medizinischen Konsequenzen", die aus dem "Versäumnis der Impfung" erfolgen, aufgeklärt werden.

Zeev Rotstein, der CEO des Hadassah-Klinikums, erklärte, er sei sich der "Spannung" zwischen den individuellen Rechten und der beruflichen Verantwortung bewusst, doch die "Gesundheit der Patienten steht an erster Stelle". Nadav Davidovitch, ein leitender Beamter in der israelischen Vereinigung der Ärzte für das öffentliche Gesundheitswesen, sieht die Regelung des Hadassah-Krankenhauses mit gemischten Gefühlen und gab zu bedenken, dass die Regelung aufgrund des Mangels an Pflegekräften nicht sehr praktikabel sei.

Mit den Sanktionen gegen Impfunwillige werden nun anscheinend einige der Befürchtungen von israelischen Impfkritikern war: Bereits Ende Februar hatte es in Tel Aviv massive Demonstrationen gegen die Massenimpfungen und die Einführung des "Grünen Passes" gegeben. Nach einem Bericht der Jerusalem Post forderten die Protestierenden "mehr Transparenz" von der israelischen Regierung und ein Ende der "Tyrannei". Die Demonstranten verlangten außerdem, dass das 30-jährige Embargo für die Details der Sitzungen des Verfassungsausschusses über die Beschlüsse zu den Corona-Maßnahmen aufgehoben wird.

Außerdem sollte die Initiative für den "Grünen Pass" zurückgenommen werden, da man eine Zweiklassengesellschaft befürchte: eine privilegierte "geimpfte Klasse" und eine untere Klasse derjenigen, die den Impfstoff nicht bekommen können oder wollen.

Auf einem der Schilder, die auf der Demonstration in die Menge gehalten wurden, stand "Apartheid" auf Englisch und Hebräisch neben einem grünen Pass. Ein anderes Schild setzte grüne Pässe mit dem Judenstern im Dritten Reich und den tätowierten Armen von ehemaligen KZ-Häftlingen gleich. Einer der Redner der Demonstration sagte, dass ihn dies an seine Großtante erinnere, die von "genau denselben Leuten umgebracht wurde", die heute die Bewegungsfreiheit einschränken. Weiter erklärte der Redner, dass "das Volk der medizinischen Unterdrückung müde" sei.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604d01fdb480cc44d570e141.jpeg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 13. März 3:00 Uhr bis 14. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: automatische Granatwerfer – einmal (5 Granaten);

Richtung Mariupol: Antipanzergrenatwerfer – einmal (8 Granaten), automatische Granatwerfer – einmal (1 Granate).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Volvo-Zentrum), Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 14.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 8 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Trotz Absage: Hunderte gedenken mutmaßlich ermordeter Frau in London – Zusammenstöße mit Polizei

Nach dem mutmaßlichen Mord an Sarah Everard, der einen landesweiten Aufschrei gegen Belästigungen und Gewalt an Frauen ausgelöst hatte, haben sich Hunderte Menschen am Samstagabend trotz Warnungen vor rechtlichen Konsequenzen in einem Park im Süden Londons zu einer Gedenkfeier versammelt.

Hunderte Frauen und Männer kamen tagsüber in die Parkanlage Clapham Common, um Blumen und Zeichnungen an einer Gedenkstätte für Everard niederzulegen. Versuche der Polizei, die wegen der Corona-Maßnahmen nicht genehmigte Versammlung teils mit Gewalt aufzulösen, wurden mit lautstarken Protestrufen und Pfeifkonzerten beantwortet, wie Videos im Internet zeigten.

Herzogin Kate bringt Mitgefühl für Mordopfer zum Ausdruck

Herzogin Kate hat den improvisierten Gedenkort an einem Musikpavillon im Park Clapham Common am Nachmittag aufgesucht und Berichten zufolge Narzissen niedergelegt. Dem Anschein nach war sie ohne Bodyguards gekommen. Eine Maske trug sie nicht.

Die Herzogin von Cambridge habe der getöteten Sarah E. und ihrer Familie Respekt zollen wollen, berichtete die Deutsche Presse-Agentur unter Verweis auf Palastkreise. Sie habe sich

auch daran erinnert, wie es sich anfühlte, vor ihrer Hochzeit mit Prinz William nachts allein durch London zu gehen, hieß es.

Londoner Polizei gerät in Kritik

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, trafen im Laufe des Abends immer mehr Menschen ein, von denen einige skandierten „Vereinte Schwestern werden niemals besiegt“. Die Polizei versuchte daraufhin, die um einen Musikpavillon versammelte Menge zu zerstreuen. Videoaufnahmen zeigten Zusammenstöße und einige Frauen, die zu Boden gezwungen wurden.

Der Londoner Bürgermeister, Sadiq Khan, bezeichnete die Szenen von Clapham Common als „inakzeptabel“.

„Die Polizei hat die Verantwortung, die Covid-Gesetze durchzusetzen, aber aus den Bildern, die ich gesehen habe, ist klar, dass die Reaktion teilweise weder angemessen noch verhältnismäßig war“, schrieb Khan auf Twitter. Er stehe in Kontakt mit dem Polizeichef und bitte dringend um eine Erklärung.

Auch die britische Innenministerin, Priti Patel, gab bekannt, sie habe die Stadtpolizei um einen vollständigen Bericht darüber gebeten, was passiert sei.

Fall Sarah E.

Die 33-Jährige Sarah E. war als vermisst gemeldet worden. Am 3. März hatte sie eine Freundin im Stadtteil Clapham Common besucht und galt seit ihrem Heimweg am Abend als verschwunden. Am Mittwoch wurden ihre Überreste in einem Wald im südöstlichen England rund 80 Kilometer von London entfernt entdeckt und zwei Tage später identifiziert. Unter Tatverdacht steht ein 48 Jahre alter Polizist, der am Samstag dem Haftrichter vorgeführt wurde. Er muss weiterhin in Untersuchungshaft bleiben.

Mahnwache wegen Corona-Einschränkungen abgesagt

Die Initiative „Reclaim These Streets“ (dt. etwa: Erobert diese Straßen zurück) hatte zunächst zu einer Mahnwache in London aufgerufen, um an Sarah E. zu erinnern und alltägliche Belästigungen und Gewalt gegen Frauen anzuprangern. Nach erfolglosen Gesprächen mit der Polizei über eine Durchführung unter Einhaltung der Corona-Maßnahmen wurde die Mahnwache jedoch wieder abgesagt. Zahlreiche andere geplante Mahnwachen und Proteste gegen Gewalt an Frauen im ganzen Land folgten ebenfalls diesem Beispiel.

„Uns wurde gesagt, dass jede der Organisatorinnen eine Strafe von 10.000 Pfund (umgerechnet 11.650 Euro) riskiert, sollten die Vorbereitungen weitergehen“, hieß es in einer Mitteilung von „Reclaim These Streets“ am Samstagmorgen. Daraufhin erhielten die Veranstalterinnen zahlreiche Spenden. Trotz der Absage der Mahnwache kamen bereits mehr als 470.000 Pfund (etwa 547.000 Euro) zusammen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0e/1272963_0:19:3071:1746_1280x0_80_0_0_9f14c5602e7ecb965e6fe8f7bc3f1231.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. März um 9:00 Uhr 3340 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2793 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 290 Todesfälle.

snanews.de: **Kreise: Europäische Galileo-Satelliten satteln auf Sojus-Rakete um**

Auch das nächste Satellitenpaar des europäischen Navigationssystems Galileo soll Anfang 2022 nicht mit einer Ariane-6-Trägerrakete, sondern mit dem russischen Pendant Sojus-ST ins All fliegen. Das erfuhr SNA aus den Raumfahrtkreisen.

Laut einem Vertrag aus dem Jahr 2017 sollten bis Mitte 2021 vier Galileo-Satelliten an Bord von zwei Ariane-6-Raketen gestartet werden. Die russische Sojus-Rakete war dabei als Ersatz im Gespräch.

Weil sich der Erststart der Ariane-6-Rakete bis zum zweiten Quartal 2022 verzögerte, wurde beschlossen, das erste Satellitenpaar im September 2021 mit einer Sojus-Rakete zu starten. Nun wurde bekannt, dass auch das zweite Satellitenpaar auf die russische Rakete umsatteln muss.

„Der zweite Start der beiden Galileo-Satelliten vom Raumfahrtzentrum Guayana (Weltraumbahnhof Kourou – Anm. d. Red.) aus wird nicht mit einer Ariane-6-Rakete, sondern mit einer Sojus-ST voraussichtlich im März 2022 stattfinden“, teilte ein Sprecher mit.

Zwischen 2011 und 2016 waren 14 Galileo-Satelliten von Kourou mit Sojus-Trägerraketen in den Weltraum befördert worden. In den drei nächsten Jahren flogen zwölf weitere Satelliten an Bord von drei Ariane-5-Raketen ins All.

Das globale Satellitennavigationssystem Galileo ist die europäische Konkurrenz zu GPS (USA), Glonass (Russland), und Beidou (China) und soll Nutzern auf der ganzen Welt räumliche und zeitliche Positionierung ermöglichen. Das Programm wird von der EU finanziert. Von den bislang 26 gestarteten Satelliten sind 22 im Regelbetrieb.

Seit Oktober 2011 hat es in Kourou insgesamt 25 Sojus-ST-Starts gegeben. Beim Start im August 2014 verfehlten die europäischen Navigationssatelliten Galileo wegen Problemen mit der Fregat-Oberstufe ihre Umlaufbahn.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/03/769910_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_f5a594b893cee34ff40b2e7bfb59a0be.jpg

Mzdnr.ru: Am 13. März wurden in der DVR 162 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 86 positiv, bei 19 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 14. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 26.488 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5732 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 18.628 als gesund entlassen, es gibt 2128 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 48 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 12 Fälle weniger als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 36 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 956 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 464 mit Sauerstoffunterstützung (+8 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snews.de: **Militärattachés aus 50 Ländern mit Sputnik V geimpft – Russlands Verteidigungsministerium**

Militärattachés aus 50 Ländern haben sich und ihre Familien bislang mit dem russischen Corona-Impfstoff Sputnik V gegen Covid-19 immunisieren lassen. Das teilte Alexander Kschimowski, Chef der Hauptverwaltung Internationale Zusammenarbeit im russischen Verteidigungsministerium, dem Sender TVZvezda mit.

„Rund 300 Militärattachés und ihre Familienangehörigen aus 50 Ländern haben sich für die Impfung mit Sputnik V entschieden, um sowohl eigene Veranstaltungen als auch internationale Verhandlungen sicher durchführen zu können“, sagte Kschimowski in einer am Sonntag ausgestrahlten Sendung.

Bei der russischen Armee wird Sputnik V bereits massenweise verimpft. Bis 13. März sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits fast 390.000 Armeeinghörige immunisiert worden. Laut Verteidigungsminister Sergej Schoigu liegt die Infektionsrate mit dem Coronavirus bei den russischen Streitkräften deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Mit Sputnik V hatte das russische Gesundheitsministerium im August 2020 den weltweit ersten Impfstoff gegen Covid-19 registriert. Das vom Moskauer Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Kooperation mit dem Russischen Fonds für Direktinvestitionen entwickelte Mittel wurde im Sommer zuerst in zwei Etappen an Freiwilligen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren getestet.

Laut Alexander Ginsburg, Leiter des Gamaleja-Instituts, bietet der Impfstoff einen hundertprozentigen Schutz vor einem schweren und mittelschweren Krankheitsverlauf. Nach Informationen der renommierten Fachzeitschrift „The Lancet“ zeigte Sputnik V in der dritten Testphase eine Wirksamkeit von 91,6 Prozent.



https://cdn.snews.de/img/07e5/02/1b/1066872_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_6257a269173f699410ee1b8d6ada9e7e.jpg

snews.de: **Biden-Administration scheitert bislang an Aufnahme von Dialog mit Nordkorea – Medien**

Trotz der Versuche der USA seit Mitte Februar, einen Dialog mit Pjöngjang aufzunehmen, hat Nordkorea bislang nicht auf die diplomatischen Bemühungen der Regierung von Präsident Joe Biden reagiert. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters mit Verweis auf einen ranghohen US-Regierungsbeamten.

Laut dem Beamten, der unter der Bedingung der Anonymität sprach, habe die US-Regierung sich darum bemüht, die nordkoreanische Regierung über verschiedene Kanäle, darunter auch über Pjöngjangs Mission bei den Vereinten Nationen, zu erreichen.

Bis heute haben wir keine Antwort aus Pjöngjang erhalten“, sagte der Beamte.

Seit mehr als einem Jahr habe es offenbar keinen aktiven Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea gegeben, auch nicht am Ende der Administration Trump, „trotz mehrfacher Versuche der Vereinigten Staaten in dieser Zeit, sich zu engagieren“.

Die Offenlegung der bisher erfolglosen US-Bemühungen, die nicht zuvor bekannt gegeben wurde, wirft Fragen darüber auf, wie Biden die wachsenden Spannungen mit Pjöngjang über dessen Atomwaffen- und ballistisches Raketenprogramm ansprechen wird“, schrieb Reuters in diesem Zusammenhang.

Anfang Februar hatte US-Außenminister Antony Blinken die Option zusätzlicher Sanktionen in Aussicht gestellt, die in Abstimmung mit den Verbündeten verabschiedet werden könnten und darauf abzielen würden, Nordkorea zur Denuklearisierung zu drängen.



https://cdn.snews.de/img/07e5/03/0e/1274022_0:167:3087:1903_1280x0_80_0_0_0232e60976cf321844ec5433a631a70b.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14.03.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 13. auf den 14. März hat der Gegner weiter Feuerprovokationen begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus eine Feuerprovokation begangen und das **Gelände des Volvo-Zentrums** in Donezk mit einem Unterlaufgranatwerfer beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen auf **Leninskoje** eröffnet. Den Beschuss bringen wir mit dem Besuch einer Kommission des Kommandos der Marinestreitkräfte der Ukraine in den Einheiten der 36. Brigade in Verbindung, um die Aufmerksamkeit der Kommissionsmitglieder von dem Fall von Vergiftung von vier Soldaten des 503. Bataillons mit Surrogatalkohol abzulenken und um die

Gefechtsbereitschaft der Marineinfanteristen zu demonstrieren.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde ein **Versuch des Fluges einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte mit einer daran befestigten Sprengvorrichtung** von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade in Wodjanoje in Richtung Leninskoje bemerkt. Die ukrainischen Kämpfer hatten vor, die selbstgebaute Sprengvorrichtungen auf unsere Positionen abzuwerfen, aber durch sachkundige Handlungen einer Mannschaft einer Station für elektronische Kriegsführung „Terrikon M2N“, die von unseren Spezialisten entwickelt wurde, wurden die **Leitungs- und Navigationskanäle der Drohne gestört**, in der Folge wurde die Sprengvorrichtung weit von unseren Positionen abgeworfen.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR haben kein erwidertes Feuer auf den Gegner eröffnet, aber das ukrainische Kommando hat die Volksmiliz der DVR fälschlich in Bezug auf sieben Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschuldigt und künstlich ein unzuverlässiges Bild des Geschehens geschaffen und die Lage verschärft. Die Informationen, die von den ukrainischen Propagandisten veröffentlicht wurden, sind Desinformation und der Versuch des Kommandos der bewaffneten Formationen der Ukraine den Waffenstillstand zum Scheitern zu bringen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik** der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade – der gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge am westlichen Rand von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade – ein Schützenpanzerwagen in der Gagrin-Straße in Krasnogorowka und ein Schützenpanzer am südlichen Rand von Kamenka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade – ein Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka und ein Abwehrgeschütz „Osa“ auf einer Straße bei Wolnowacha.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Luftaufklärungsmittel der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 53. Brigade zu verhindern, eine Funkstation zur Unterdrückung von Drohnensignalen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung der BFU im Gebiet von Tschermalyk eingesetzt wurde.

Auf den Positionen des 1. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade im Gebiet von Krasnogorowka wurde die Arbeit des Bataillonskommandeurs Tkatschuk bemerkt, im Zusammenhang damit schließen wir nicht aus, dass sich die Zahl der Beschießungen in der angegebenen Richtung in der nächsten Zeit vergrößern wird.

Außerdem hat unsere Aufklärung die **Ankunft von Journalisten der ukrainischen Fernsehsender „1+1“ und „5. Kanal“** im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade entdeckt, was auch die Durchführung von Provokationen durch die ukrainische Seite nicht ausschließt.

Von Quellen im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ wurde uns eine groß angelegte Kontrolle der unterstellten Brigade auf die Funktionsfähigkeit von Sanitätsfahrzeugen bekannt. Anlass war eine Schlussfolgerung einer medizinischen Kommission, die feststellte, dass der Mechaniker/Fahrer des Schützenpanzerwagens der 28. mechanisierten Brigade, der von Einheiten der Volksmiliz als Antwort auf den Beschuss von Staromichalowka vernichtet wurde, dadurch starb, dass ihm aufgrund einer Verzögerung der Evakuierung von den Positionen aufgrund eines Defekts des Sanitätsfahrzeugs nicht rechtzeitig Hilfe geleistet werden konnte. Im Ganzen zeigte die Kontrolle, dass die Funktionsfähigkeit der Sanitätsfahrzeuge der Truppenteile in der OOS-Zone weniger als 40% beträgt.

de.rt.com: **Britischer Verwaltungsrat kauft Skripal-Haus – Weiterverkauf als Wohnimmobilie geplant**

Drei Jahre nach dem angeblichen Nowitschok-Anschlag auf Sergei und Julia Skripal kündigten die britischen Behörden Pläne an, das Haus der Familie in Salisbury zu kaufen. Nach Umbau und Sanierung soll es zum Verkauf an Privatpersonen angeboten werden. Der Verwaltungsrat der Grafschaft Wiltshire gab die Entscheidung über den Erwerb der Liegenschaft in der Christie Miller Road nach Beratungen mit den Einwohnern von Salisbury bekannt, berichtete die BBC am Mittwoch. Nun haben die Behörden vor, das Haus umzubauen und zu sanieren, um es anschließend als Wohnimmobilie zum weiteren Verkauf anbieten zu können. Nach Angaben der Zeitung Mirror sind die Bauarbeiten bereits angelaufen, sodass inzwischen ein neues Bad, zwei Empfangszimmer und ein weiteres Wohnzimmer eingerichtet wurden.

Die Pläne des Verwaltungsrates sehen vor, das Haus als gemeinschaftliches Eigentum zu veräußern. Laut geplante Kaufvertrag soll die Immobilie ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden dürfen. Dazu gehört auch ein Verbot einer Untervermietung sowie von Geschäften, durch welche die künftigen Besitzer "von der Geschichte des Hauses finanziell profitieren könnten". Philip Whitehead, Leiter des Verwaltungsrates von Wiltshire, lobte die Entscheidung und freut sich darauf, das Haus "wieder als ein Zuhause genutzt zu sehen". In dem Haus wurden nach dem Vorfall am 4. März 2018 nach Behördenangaben Spuren des Nervengiftes Nowitschok nachgewiesen, mit dem nach Angaben aus London ein Attentat gegen Sergei und Julia Skripal verübt worden war. Ein Jahr nach dem angeblichen Mordversuch gaben die britischen Behörden an, das Haus des früheren russischen Doppelagenten sowie die Umgebung komplett dekontaminiert zu haben. Die Arbeiten zur Wiederherstellung des Geländes soll 13.000 Stunden in Anspruch genommen haben. Das angebliche Attentat auf Sergei und Julia Skripal wird von westlichen Medien und Regierungen als der erste Chemiewaffeneinsatz in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. London macht zusammen mit seinen westlichen Partnern weiterhin die russische Regierung dafür verantwortlich. Beweise für eine Beteiligung Russlands an dem Anschlag bleiben allerdings nach wie vor aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6049f46648fbef6ff16310ad.jpg>

snanews.de: **Großbritannien leitet Voruntersuchung gegen Assads Ehefrau ein – Times**

Die britische Polizei hat eine Voruntersuchung gegen Asma al-Assad, die Ehefrau des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, aufgenommen, nach deren Ergebnissen ihr der Entzug der britischen Staatsbürgerschaft drohen könnte. Das berichtete die Zeitung „The Sunday Times“ am Sonntag.

Als Grund für die Untersuchung dienen demnach Behauptungen, wonach die syrische First

Lady während des bereits zehn Jahre andauernden Bürgerkriegs in Syrien Terroranschläge angestiftet und gefördert haben soll.

Wie das Blatt schreibt, hat die Polizei solche Handlungen eingeleitet, nachdem die internationale Anwaltskanzlei Guernica 37 ein entsprechendes Ersuchen gerichtet hatte. Anwälte der in London ansässigen Organisation hätten der Polizei Beweise vorgelegt, wonach Asma al-Assad offenbar zu den „einflussreichen Akteuren“ in der syrischen Führung gehören und die syrischen Streitkräfte offen unterstützen soll.

Momentan sei aber unklar, ob das britische Gericht in der Lage sein werde, einen solchen Fall in Abwesenheit des Beschuldigten zu prüfen, präzierte „The Sunday Times“. Das Blatt schließt aber nicht aus, dass Interpol eine „rote Benachrichtigung“ gegen Asma al-Assad erlässt.

Dann werde die Ehefrau des syrischen Präsidenten nicht aus Syrien ausreisen können, ohne verhaftet zu werden.

Unter anderem könne Asma Al-Assad die britische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Großbritannien könne zudem ihre Auslieferung beantragen, präzierte der TV-Sender „Sky News“.

Ein Vertreter von Scotland Yard bestätigte gegenüber dem Blatt, dass „die Abteilung der städtischen Polizei für Kriegsverbrechen am 31. Juli 2020 Jahr ein Ersuchen erhalten hat, das den andauernden syrischen Konflikt betrifft“. Das Dokument werde zurzeit von Mitarbeitern der Abteilung geprüft.

In den vergangenen Jahren hatte das Innenministerium des Vereinigten Königreichs die Pässe mehrerer Briten annulliert, da sie in den Nahen Osten gereist waren, um auf der Seite terroristischer Organisationen zu kämpfen.

Die 45-jährige Asma al-Assad ist in London geboren und aufgewachsen. Sie absolvierte das King's College in London und arbeitete als Wirtschaftsanalystin bei der Deutschen Bank und in der Investmentabteilung von J. P. Morgan. Der künftige Präsident Syriens lernte sie kennen, als er in Großbritannien ein Praktikum absolvierte. Im Jahr 2000 heirateten sie. 2012 wurde Asma al-Assad in die Sanktionsliste Großbritanniens und der EU aufgenommen und fiel unter die Sanktionen der Vereinigten Staaten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0e/1274956_0:0:2917:1642_1280x0_80_0_0_74b23c9001bf448e005b42bfc3045f97.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Fedossenko das Gebiet von **Molodjoshnoje** mit Granatwerfer beschossen. Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Beschuldigungen der ukrainischen Seite in Bezug auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Volksmiliz der LVR eine Informationsprovokation sind sowie ein Versuch der ukrainischen Streitkräfte, ihre verbrecherischen Handlungen in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Unter anderem beschuldigte der Stab der OOS die Volksmiliz der LVR in Bezug auf drei Verletzungen des Regimes der Ruhe, was nicht der Wahrheit entspricht.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Neben dem Beschuss des Territoriums der LVR verletzt die ukrainische Seite weiter groß nicht nur den Komplex von Zusatzmaßnahmen sondern auch die Genfer Konvention von 1949 über den Schutz der Zivilbevölkerung.

Wir erhalten weiter Informationen über die **Verstärkung von Minensperren** durch Kämpfer der 92. Brigade, was direkt Leben und Gesundheit von Bürgern gefährdet und die Arbeit der OSZE-Mission behindert.

Am nordöstlichen Rand von Karbonit haben Soldaten der 92. Brigade Minensperren installiert.

Um die Entdeckung von Militärtechnik in einem Wohngebiet von Troizkoje zu verhindern, hat der Kommandeur der 59. Brigade Schapowalow befohlen, die **Funktion von Drohnen der OSZE-Mission in diesem Gebiet zu behindern**, in der Folge wurde das Feuer mit Schusswaffen von den Positionen der 59. Brigade auf Drohnen der OSZE eröffnet, was die Beobachter daran hindert, die Verstöße des Gegners festzustellen. Eine Patrouille der Mission war gezwungen, das Monitoring-Gebiet zu verlassen, eine der Tragflächen der Drohne war durch einen Schuss beschädigt worden.

Der Gegner stationiert weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade wurde die Stationierung eines Schützenpanzers in einem Wohngebiet von Swetlodarsk festgestellt.

Die Sachverhalte wurden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 13.3.21 bestätigt.

Die ukrainische Seite will nach wie vor den Konflikt nicht friedlich regeln und demonstriert ihre aggressiven Absichten.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 59. Brigade Schapowalow eine Anweisung gegeben hat, die Mörserereinheiten im Verantwortungsbereich des 10. Bataillons im Gebiet von Troizkoje in vollständige Kampfbereitschaft zu versetzen. In diesem Zusammenhang erwarten wir intensiven Beschuss an diesem Abschnitt. Wir möchten die „mutigen“ ukrainischen Kommandeure, die derartige Befehle erteilen, und die Ausführenden dieser Befehle daran erinnern, dass eine Verstärkung der Feueraktivität nicht ungestraft bleiben wird. ...

de.rt.com: **Moskau: Polizei beendet Treffen verbotener Gruppe um Ex-Oligarchen Chodorkowski – Festnahmen**

Dutzende Oppositionsaktivisten sowie mehrere lokale Abgeordnete wurden am Samstag in Moskau festgenommen, als die Polizei ein Treffen einer "unerwünschten" Organisation unterbrach, die mit dem im Exil lebenden Ex-Oligarchen Michail Chodorkowski verbunden ist.

Die Polizei in Moskau löste am Samstag eine Veranstaltung einer verbotenen Gruppe um den Ex-Oligarchen Chodorkowski im Izmailovo Hotel im Osten der Stadt auf. Rund 200 Teilnehmer sollen verhaftet worden sein. (Symbolfoto)

Kurz nach Beginn einer Veranstaltung im Izmailovo Hotel im Osten Moskaus sollen Berichten zufolge mehrere Dutzend Polizisten die Kongresshalle des Hotels betreten und die Eröffnungsrede des ehemaligen Bürgermeisters von Jekaterinburg, Jewgeni Roisman, unterbrochen haben.

Aufnahmen vom Ort des Geschehens zeigten einen der Beamten, der verkündete, dass das Treffen illegal sei, weil es von einer ausländischen Nichtregierungsorganisation (NGO) veranstaltet wird, deren Aktivitäten in Russland als "unerwünscht" gelten.

Als Veranstalter des Forums wurde "Open St. Petersburg" angegeben, eine Zweigstelle der Organisation "Open Russia" (zu Deutsch: "Offenes Russland"), die von dem überzeugten Kremlkritiker und Exil-Oligarchen Michail Chodorkowski im Jahr 2001 gegründet worden war.

Das Forum unter dem Namen "Munizipales Russland" sollte im Rahmen des Projekts "Vereinigte Demokraten" stattfinden, das "Open Russia" gemeinsam mit dem oppositionellen Politiker Dmitri Gudkow im Zusammenhang mit bevorstehenden Duma-Wahlen gestartet hatte.

Chodorkowski war CEO des Ölgiganten Jukos und der reichste Mann Russlands in den frühen 2000er Jahren, wurde jedoch wegen Betrugs verurteilt und verbrachte fast ein Jahrzehnt hinter Gittern. Nachdem er 2013 aus dem Gefängnis entlassen worden war, ließ er sich in London nieder und gelobte, vom Ausland aus auf einen Wandel in Russland hinzuwirken.

Im Jahr 2015 wurde gegen ihn eine Anklage erhoben, als das Verfahren um die Ermordung von Wladimir Petuchow neu aufgerollt wurde. Petuchow war Bürgermeister der ölreichen sibirischen Stadt Neftejugansk, der in einen Konflikt mit Jukos-Aktionären und -Managern geriet und am 26. Juni 1998, Chodorkowskis Geburtstag, getötet wurde. Der Ex-Oligarch hat die Vorwürfe bestritten und nannte sie "verrückt".

Bei der Veranstaltung am Samstag in Moskau wurden nach Angaben der NGO OWD-Info, die laut eigener Darstellung auf "Monitoring politischer Verfolgungen" spezialisiert ist, mindestens 190 Menschen festgenommen. Nach Feststellung ihrer Personalien wurden sie noch am gleichen Abend freigelassen.

Nach Angaben der Behörden habe die Veranstaltung unter Missachtung der Regeln zur Eindämmung des Coronavirus stattgefunden, da bei "einem Großteil" der Anwesenden "die Mittel des individuellen Schutzes" gefehlt hätten. Zudem hätten die Festgenommenen im Zusammenhang mit der Aktivität einer "unerwünschten Organisation" eine Ordnungswidrigkeit begangen, hieß es seitens der Behörden. "Offenes Russland" wurde 2017 von der Aufsichtsbehörde des Landes, Roskomnadzor, zu einer "unerwünschten" Organisation erklärt, wobei "Open St. Petersburg" letztes Jahr auf die Liste der ausländischen Agenten kam. Zu den Festgenommenen gehörten unter anderem der Direktor von "Open Russia", Andrej Piwowarow, sowie Oppositionelle wie der Abgeordnete der Munizipalräte Ilja Jaschin. Auch Wladimir Kara-Mursa soll festgenommen worden sein. Er hatte in den letzten Jahren bei Treffen mit hochrangigen EU- und US-Vertretern immer wieder Sanktionen gegen Russland gefordert. Er ist auch Mitglied der "Free Russia Foundation", einer in Washington ansässigen Organisation, deren Vorsitzender der ehemalige stellvertretende US-Außenminister David J. Kramer ist.

Piwowarow sagte Journalisten, dass er das Vorgehen der Polizei für illegal halte und ihm die Gründe für die Verhaftungen nicht klar gemacht worden seien, so die Zeitung Kommersant.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604dd480b480cc09e72a027d.jpg>

snanews.de: **Irische Impfkommision rät von Immunisierung mit Astrazeneca-Präparat ab**

Die Impfkommision in Irland hat sich nach eigenen Angaben für einen vorübergehenden Stopp der Impfungen mit dem Corona-Vakzin von AstraZeneca ausgesprochen.

Grund seien neue Berichte der norwegischen Arzneimittelbehörde über vier Fälle von schweren Blutgerinnseln nach Verabreichung des Mittels, hieß es in einer Mitteilung der Behörde am Sonntag.

Ein möglicher Zusammenhang zwischen dem Covid-19-Impfstoff von AstraZeneca und den bekannt gegebenen Fällen sei zwar nicht festgestellt worden, hieß es in der Mitteilung. Dennoch hat die NIAC vorsichtshalber empfohlen, das Impfprogramm mit dem Covid-19-Vakzin AstraZeneca in Irland vorübergehend auszusetzen, bis weitere Informationen verfügbar seien.

Am Samstagabend hatte das irische Nationale Notfallteam für die öffentliche Gesundheit (NPHET) 543 Corona-Neuinfektionen bestätigt. 73 Prozent dieser Patienten seien jünger als 45 Jahre.

Insgesamt wurden demnach seit dem Beginn der Pandemie 226.358 Coronafälle verzeichnet. Die Zahl der Corona-bedingten Todesfälle in Irland betrage 4534.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0e/1275162_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_dbfb1b9f737ca9fac80ca6895173d2cf.jpg

snanews.de: **USA stufen fünf chinesische Telekom-Konzerne als Bedrohung für nationale**

Sicherheit ein

Die US-Telekommunikationsaufsicht FCC hat fünf chinesische Unternehmen zur Bedrohung für die nationale Sicherheit erklärt. Dies geht aus einer am Freitag veröffentlichten Mitteilung der Behörde hervor.

Neben den großen Smartphoneherstellern und Netzwerkausrüstern Huawei und ZTE, die bereits stark von US-Sanktionen betroffen sind, handelt es sich Angaben zufolge um die Unternehmen Hytera Communications, Hangzhou Hikvision Digital Technology und Dahua Technology. Die Konzerne seien ein „inakzeptables Risiko“ für die nationale Sicherheit der USA, heißt es in der Mitteilung.

Die kommissarische FCC-Vorsitzende Jessica Rosenworcel sprach der Mitteilung zufolge von einem „großen Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Kommunikationsnetzwerke“. Die Liste solle sicherstellen, dass Fehler der Vergangenheit sich beim weiteren Netzausbau in den USA nicht wiederholten. US-Bürger seien stärker denn je auf sichere Kommunikationsnetzwerke angewiesen - sei es bei der Arbeit, für die Schule oder im Gesundheitssystem. Stellungnahmen der Unternehmen lagen zunächst nicht vor.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/0e/1278641_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_34425cbefaf2dd008fc28561791584d8.jpg